

Julia Heizer

## Kreditwucher, Kreditvermittlungswucher und Additionsklausel

Objektive Tatbestandsmerkmale einer nach § 291 Abs. 1 StGB  
strafbaren Übervorteilung von Kreditsuchenden



**Nomos**

Schriftenreihe zum deutschen, europäischen und internationalen Wirtschaftsstrafrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Uwe Hellmann,  
Universität Potsdam

Prof. Dr. Elisa Hoven,  
Universität Leipzig

Prof. Dr. Dr. h.c. Michael Kubiciel,  
Universität Augsburg

Prof. Dr. Christian Schröder,  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Band 38

Julia Heizer

## Kreditwucher, Kreditvermittlungswucher und Additionsklausel

Objektive Tatbestandsmerkmale einer nach § 291 Abs. 1 StGB  
strafbaren Übervorteilung von Kreditsuchenden



**Nomos**

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, LMU, Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6156-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-0278-2 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde bei der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München im Sommer 2018 als Dissertation eingereicht. Sie befasst sich mit einem spannenden Thema, das letztlich so alt ist wie der Zins selbst und vielfältige Bezüge zum Zivilrecht aufweist. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Ende Juni 2018 berücksichtigt werden.

Ich danke Frau Prof. Dr. Petra Wittig für die Anregung zum Thema, ihre verständnisvolle Betreuung und wohlwollende Begleitung der Arbeit. Herrn Prof. Dr. Helmut Satzger danke ich für die Erstellung des Zweitgutachtens; bei Herrn Prof. Dr. Armin Engländer bedanke ich mich für die angenehme mündliche Prüfung.

Mein besonderer Dank gilt meiner Familie, die mich stets in allen Belangen umfassend unterstützt hat.

München, im Juli 2019

*Julia Heizer*



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
A. Einleitung	23
I. Geringe praktische Bedeutung des Kredit- und des Kreditvermittlungswuchers	23
II. Geringe Aussagekraft von Statistiken aufgrund eines hohen Dunkelfelds	26
III. Häufung normativer Tatbestandsmerkmale als Anwendungshemmnis	28
IV. Klar definierter Anwendungsbereich der Tatbestände als Voraussetzung der Generalprävention	29
B. Gang der Darstellung	33
C. Historische Entwicklung des (Kredit-) Wucherverbots	36
I. Geschichte des Wucherverbots bis zur Schaffung des Reichsstrafgesetzbuchs 1871	36
II. Wuchernovelle 1880 und Gesetz betreffend Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher 1893	39
III. Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen 1971	47
IV. Reform des Wucherverbots durch das Erste Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität 1976	50
D. Wucher als Vermögensdelikt	55
I. Kein Schutz ungeschriebener Preisbindungsvorschriften neben dem Schutz des Vermögens	55
1. <i>Samson</i> : Maßgeblichkeit des „gerechten Preises“ beim Zwangslagenwucher	56
2. Ablehnung ungeschriebener Preisbindungsvorschriften als geschütztes Rechtsgut	57

*Inhaltsverzeichnis*

II. Kein Schutz des Marktmechanismus neben dem Schutz des Vermögens	58
1. <i>Bohnert</i> und <i>Otto</i> : Öffentliches Interesse am Verhindern wucherischer Geschäfte	58
2. Ablehnung des Marktmechanismus als geschütztes Rechtsgut	58
III. Kein Schutz der individuellen (Willens-) Freiheit neben dem Schutz des Vermögens	60
1. <i>Arzt</i> : Freiheitsschutz durch Schutz vor Unvernunft	60
2. <i>Scheffler</i> : Teleologische Reduktion im Bereich des Zwangslagenwuchers	62
3. Ablehnung der Freiheit als geschütztes Rechtsgut	63
IV. Kein Schutz der Vertragsfreiheit statt des Schutzes des Vermögens oder neben dem Schutz des Vermögens	66
1. <i>Kindhäuser</i> und <i>Heinsius</i> : Verhindern des Ausnutzens von Schwäche	66
2. Ablehnung der Vertragsfreiheit als geschütztes Rechtsgut	68
V. Keine Qualifikation des Wucherverbots als Solidaritätspflicht	70
1. <i>Laufen</i> : Umschichtung der Zuständigkeitsbereiche	70
2. Ablehnung einer strafbewehrten Solidaritätspflicht beim Wucher	73
a) Bedeutung des vom Tatbestand geschützten Rechtsguts	73
b) Wucher als reine Verbotsnorm	76
VI. Schutz des Vermögens als vorzugswürdige Ansicht	81
1. Fehlende Überzeugungskraft der Argumente gegen das Vermögen als geschütztes Rechtsgut	81
2. Überzeugende Argumente für das Vermögen als geschütztes Rechtsgut	83
E. Gewährung und Vermittlung eines Kredits als Leistungen des Täters	86
I. Gewährung eines Kredits gemäß § 291 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StGB	87
1. Eigenständiger Kreditbegriff des § 291 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StGB	87
a) Kein Rückgriff auf die Legaldefinition des § 265b Abs. 3 Nr. 2 StGB	87
b) Maßgeblichkeit allgemeiner Auslegungskriterien	90
2. Gelddarlehen als Kredit	91

3. Stundung von Geldforderungen als Kredit	92
4. Diskontierung von Wechseln als Kredit	93
5. Akzeptkredit als Kredit	95
6. Übernahme einer Bürgschaft durch eine Bank als Kredit	97
a) Unterscheidung zwischen Bürgschaftsvertrag und Avalverhältnis	97
b) Unterscheidung zwischen dem Avalkredit einer Bank und der Bürgschaft eines Privaten	99
7. Übernahme von Garantien und sonstigen Gewährleistungen durch eine Bank als Kredit	101
8. Unechtes Factoring als Kredit	102
a) Kein Rückgriff auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts	103
b) Unterscheidung zwischen echtem und unechtem Factoring	105
9. Sachdarlehen als Kredit	107
II. Vermittlung eines Kredits gemäß § 291 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 StGB	108
1. Kein Abschluss des vermittelten Geschäfts als Voraussetzung der Vermittlung	109
2. Kein Herbeiführen der Leistungsbereitschaft eines Dritten als Voraussetzung der Vermittlung	111
3. Vermittlung als das Zusammenführen von Angebot und Nachfrage	113
III. Zusammenfassung: Gewährung und Vermittlung eines Kredits als Leistungen des Täters	115
F. Schwäche des Opfers	117
I. Verhältnis der einzelnen Schwächemerkmale zueinander	117
II. Zwangslage	120
1. Zwangslage als zwingendes Sach- oder Geldbedürfnis	121
2. Konkretisierung des Begriffs der Zwangslage	124
a) Kein Rückgriff auf das Sozialhilferecht und die Vollstreckungsschutznormen	125
aa) <i>Laufen</i> : Beschränkung auf unter Solidaritätsgesichtspunkten relevante Leistungen	125
bb) Ablehnung eines Rückgriffs auf das Sozialhilferecht und die Vollstreckungsschutznormen	126

*Inhaltsverzeichnis*

b)	Kein Rückgriff auf eine drohende Rechtsgutsgefährdung	129
aa)	Hoyer: Abschließender Katalog „zwangslagentauglicher“ Rechtsgüter	129
bb)	Ablehnung eines Rückgriffs auf eine drohende Rechtsgutsgefährdung	130
c)	Kredit als geringeres Übel	131
3.	Erste Fallgruppe: Kreditaufnahme zur Befriedigung eines Bedarfs oder Bedürfnisses	133
a)	Kreditaufnahme zum Erhalt der Existenzgrundlage	133
aa)	Kreditaufnahme zum Erhalt eines bestehenden Betriebs	133
bb)	Kreditaufnahme zum Erhalt einer bestehenden Anstellung	135
b)	Kreditaufnahme zur Befriedigung aktueller Konsum- oder sonstiger Bedürfnisse	137
c)	Kreditaufnahme zur Verbesserung der finanziellen oder persönlichen Situation	140
aa)	Rechtsprechung zum früheren Tatbestandsmerkmal der Notlage	140
bb)	Forderung der Literatur nach einer Gefährdung von Bestehendem	141
cc)	Erfordernis einer differenzierenden Betrachtung des konkreten Einzelfalls	144
4.	Zweite Fallgruppe: Kreditaufnahme zur Tilgung bestehender Verbindlichkeiten	146
a)	Keine drohende Zwangsvollstreckung als Voraussetzung der Zwangslage	146
b)	Kein Vorrang des Insolvenzverfahrens gegenüber der Kreditaufnahme	149
5.	Unzumutbarkeit der Nutzung alternativer Möglichkeiten der Geldbeschaffung	151
a)	Unzumutbarkeit der vorrangigen Verwertung von vorhandenem eigenen Vermögen	152
b)	Unzumutbarkeit der vorrangigen Inanspruchnahme von Verwandten oder Freunden	154
6.	Kein Entfallen der Zwangslage bei Verschulden des Opfers	156
7.	Irrtum des Opfers	157
a)	Tatbestandsmäßigkeit der irrtümlichen Annahme eines „zwangslagentauglichen“ Sachverhalts	158
aa)	Streitstand	158

bb) Anzuerkennende psychische Bedrängnis	160
b) Tatbestandsmäßigkeit einer nicht erkannten Zwangslage	163
8. Zusammenfassung: Zwangslage	165
III. Sonstige Schwäche	167
1. Unerfahrenheit	168
a) Unerfahrenheit als Erfahrungsdefizit gegenüber dem Durchschnittsmenschen	169
b) Keine Korrektur bei „kaufmännisch schwierigen“ Kreditgeschäften	174
aa) Keine Unerfahrenheit bei fehlendem Ausweis des effektiven Jahreszinses	174
bb) Keine Unerfahrenheit bei typischem Informationsmangel des unterlegenen Vertragspartners	176
2. Mangel an Urteilsvermögen	181
a) Mangel an Urteilsvermögen als intellektuelles Defizit gegenüber dem Durchschnittsmenschen	181
b) Keine Tatbestandsmäßigkeit von bloß leichtsinnigem Verhalten	183
3. Erhebliche Willensschwäche	186
a) Willensschwäche als voluntatives Defizit	186
b) Erheblichkeit als deutliches Defizit gegenüber dem Durchschnittsmenschen	188
4. Zusammenfassung: Sonstige Schwäche	191
G. Ausbeuten der Schwäche des Opfers durch den Täter	194
I. Ausbeuten als vorsätzliches Ausnutzen der Schwäche	194
II. Modalitäten des Ausbeutens	197
1. Sichversprechenlassen und Sichgewährenlassen von Vermögensvorteilen	198
2. Sichversprechenlassen trotz Unwirksamkeit des Geschäfts	200
3. Sichversprechenlassen trotz inneren Vorbehalts des Opfers	202
III. Verhältnis der Tatvarianten zueinander	204
1. Einheitliche Tat	204
2. Unbeachtlichkeit tatsächlicher Veränderungen zwischen dem Sichversprechenlassen und dem Sichgewährenlassen	205
IV. Zusammenfassung: Ausbeuten der Schwäche des Opfers durch den Täter	208

*Inhaltsverzeichnis*

H. Auffälliges Missverhältnis zwischen Leistung des Täters und Gegenleistung des Opfers	210
I. (Vermittelter) Konsumentenratenkredit	210
1. Bestimmung des auffälligen Missverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung durch Vergleich des Vertragszinses mit dem Marktzins	211
a) Keine absolute Festlegung des auffälligen Missverhältnisses bei einem Effektivzins von 30 Prozent	211
b) Marktzins als Vergleichsmaßstab	213
2. Marktzins für Konsumentenratenkredite	217
a) Kein Sondermarkt für Teilzahlungsbanken	218
b) Bestimmung des Marktzinses nach Einstellung der Ermittlung des Schwerpunktzinses für Ratenkredite durch die Deutsche Bundesbank	223
aa) Kein geeigneter Ausweis in der EWU-Zinsstatistik	224
bb) Ermittlung des Marktzinses durch Sachverständigengutachten	230
3. (Effektiver) Vertragszins	232
a) Laufzeitunabhängige Kosten, insbesondere Bearbeitungsgebühren	232
aa) Maßgeblichkeit der Gesamtkosten des Kredits	233
bb) Keine andere Bewertung aufgrund der neueren zivilrechtlichen Rechtsprechung zu Bearbeitungsgebühren in AGB	236
b) Restschuldversicherung	238
aa) Keine Einbeziehung der Restschuldversicherung in die Gesamtkosten des Kredits	239
bb) Keine andere Bewertung aufgrund der neueren zivilrechtlichen Rechtsprechung und Literatur zur Restschuldversicherung	245
c) Vermittlungsprovision	249
aa) Keine Einbeziehung der offen ausgewiesenen Vermittlungsprovision in die Gesamtkosten des Kredits	250
bb) Einbeziehung der Vermittlungsprovision in die Gesamtkosten des Kredits beim verdeckten Packing	255
d) Berechnung des effektiven Vertragszinses	256

4. Auffälliges Missverhältnis zwischen Vertragszins und Marktzins	259
a) Auffälliges Missverhältnis grundsätzlich bei einer relativen Überschreitung des Marktzinses um 100 Prozent	259
aa) Anwendung der Grundsätze zu § 138 BGB	259
bb) Zulässigkeit einer Gesamtbetrachtung im Strafrecht	262
b) Auffälliges Missverhältnis in Hochzinsphasen bei einer absoluten Überschreitung des Marktzinses um 12 Prozentpunkte	265
5. Zusammenfassung: (Vermittelter) Konsumentenratenkredit	267
II. Kredit an Privatpersonen, die von Kreditinstituten keinen Kredit mehr erhalten	269
1. Kein existierender (Sonder-) Kreditmarkt für „Kreditunwürdige“	270
2. Grundsätzlich kein Wucher bei fehlendem Vergleichsmarkt	273
3. Korrektur durch das Verbot des „venire contra factum proprium“	274
4. Zusammenfassung: Kredit an Privatpersonen, die von Kreditinstituten keinen Kredit mehr erhalten	276
III. Gewerblicher Kredit	277
1. Keine absolute Festlegung des auffälligen Missverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung bei einem Effektivzins von 40 Prozent	277
2. Anwendung der Maßstäbe für Privatkredite bei vergleichbaren Krediten	278
3. Sonstige gewerbliche (Groß-) Kredite	279
a) Auffälliges Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung bei einer relativen Überschreitung des (Sekundär-) Marktpreises um 100 Prozent	279
b) Kein Wucher bei fehlendem Vergleichsmarkt	280
4. Zusammenfassung: Gewerblicher Kredit	282
IV. Umschuldung	283
1. Externe Umschuldung	283
a) Isolierte Betrachtung der einzelnen Kredite	283
b) Keine Korrektur nach der „Lehre vom individuellen Schadenseinschlag“ bei wirtschaftlich nachteiliger Umschuldung	285

*Inhaltsverzeichnis*

2. Interne Umschuldung	288
a) Maßgeblichkeit der Gesamtkosten des Folgevertrags bei der Aufstockung	289
b) Grundsätzlich isolierte Betrachtung des Folgevertrags bei der Ablösung	289
3. Zusammenfassung: Umschuldung	292
V. Gelegenheitskredit eines privaten Geldgebers	293
1. Echter Sondermarkt für Gelegenheitskredite privater Geldgeber	293
2. Auffälliges Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung bei einer relativen Überschreitung des Marktinzinses um 100 Prozent	294
3. Zusammenfassung: Gelegenheitskredit eines privaten Geldgebers	295
VI. Sonstiger Kredit	296
VII. Vermittlung eines Kredits	296
1. Auffälliges Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung bei einer relativen Überschreitung der marktüblichen Provision um 100 Prozent	297
a) Marktübliche Provision als Wert der Vermittlung	297
b) Anwendung der „Wuchergrenze“ der vermittelten Leistung	299
2. Unbeachtlichkeit der Verwirklichung des Wuchers beim vermittelten Kredit	301
3. Absolute Festlegung des auffälligen Missverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung bei aussichtsloser Vermittlungstätigkeit	304
a) Aussichtslose Vermittlungstätigkeit als wertlose Leistung	304
b) Notwendigkeit einer absolut zu bestimmenden Bagatellgrenze	305
4. Zusammenfassung: Vermittlung eines Kredits	306

I. Zusammenwirken mehrerer bei der Gewährung und Vermittlung eines Kredits	308
I. Mittäterschaft und Teilnahme beim vermittelten Kreditgeschäft	308
1. Abgrenzung von Täterschaft und Teilnahme nach den Kriterien der Tatherrschaft	308
2. Kreditvermittler als Beteiligter am Kreditwucher im Sinn des § 291 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StGB	311
a) „Unabhängiger Vermittler vor Ort“ als Gehilfe gemäß §§ 291 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 27 Abs. 1 StGB	312
b) „Repräsentant“ des Kreditgebers als Mittäter gemäß §§ 291 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 25 Abs. 2 StGB	313
3. Bestimmung des auffälligen Missverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung bei Mittäterschaft und Beihilfe	314
a) Gesamtbetrachtung bei der Mittäterschaft	314
b) Isolierte Betrachtung der Haupttat bei der Beihilfe	315
4. Zusammenfassung: Mittäterschaft und Teilnahme beim vermittelten Kreditgeschäft	316
II. Additionsklausel gemäß § 291 Abs. 1 Satz 2 StGB	317
1. Tatbestand der Additionsklausel	318
a) Mitwirken mehrerer Leistungserbringer im Rahmen eines einheitlichen Geschäftsvorgangs	318
b) Erzielung eines übermäßigen Vermögensvorteils als Voraussetzung für die Strafbarkeit	321
aa) Keine Strafbarkeit des „ordnungsgemäß“ Handelnden	321
bb) Bestimmung des Übermaßes in Anlehnung an das auffällige Missverhältnis	323
c) Auffälliges Missverhältnis zwischen sämtlichen Leistungen und sämtlichen Gegenleistungen	325
aa) Maßgeblichkeit des Hauptgeschäfts für die „Wuchergrenze“	326
bb) Erste Fallgruppe: Wucherisches Gesamtentgelt als Ergebnis lediglich übermäßiger Teilentgelte	326
cc) Zweite Fallgruppe: Wucherisches Gesamtentgelt unter Einbeziehung auch wucherischer Teilentgelte	329
dd) Keine Einbeziehung „ordnungsgemäßer“ Teilgeschäfte	331
d) Kein Verstoß gegen das Bestimmtheitsgebot	333

*Inhaltsverzeichnis*

2. Rechtsnatur der Additionsklausel	335
a) Verhältnis der Additionsklausel zur Mittäterschaft	335
b) Verhältnis der Additionsklausel zur Beihilfe	336
c) Additionsklausel als zulässige Sonderform der Nebentäterschaft	339
3. Zusammenfassung: Additionsklausel gemäß § 291 Abs. 1 Satz 2 StGB	341
J. Zusammenfassung der Ergebnisse	344
K. Fazit	351
Literaturverzeichnis	355

## Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere(r) Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Zeitschrift)
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht, Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAföG	Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG)
BankR	Bankrecht(s)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebsberater (Zeitschrift)
BeckRS	Beck Rechtsprechung
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung nicht veröffentlichter Entscheidungen des BFH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BReg	Bundesregierung
BStBl	Bundessteuerblatt
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Verhandlungen des Deutschen Bundestages Drucksachen

*Abkürzungsverzeichnis*

Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
E	Entwurf
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
erg.	ergänze
EStG	Einkommensteuergesetz
e. V.	eingetragener Verein
EWU	Europäische Währungsunion
ExistenzsicherungsR	Existenzsicherungsrecht
f.	folgend
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
franz.	französisch
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht (Zeitschrift)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GS	Der Gerichtssaal (Zeitschrift)
Habil.	Habilitationsschrift
HdB	Handbuch
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
Hrsg.	Herausgeber

i. e. S.	im engeren Sinn(e)
InsO	Insolvenzordnung
InsolvenzR	Insolvenzrecht
it.	italienisch
ital.	italienisch
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JW	Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
JZ	JuristenZeitung (Zeitschrift)
K.	Kredit
Kap.	Kapitel
KapitalmarktR	Kapitalmarktrecht
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz - KWG)
lat.	lateinisch
LG	Landgericht
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofes
LMK	Lindenmaier-Möhring, kommentierte BGH-Rechtsprechung über beck-online
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
m. E.	meines Erachtens
MFI	Monetary Financial Institution
MSchrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform (Zeitschrift)
MüKo	Münchener Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift (Zeitschrift)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (Zeitschrift)

*Abkürzungsverzeichnis*

NK	Nomoskommentar
Nr.	Nummer
Nrn.	Nummern
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungsreport Strafrecht
NVersZ	Neue Zeitschrift für Versicherung und Recht (Zeitschrift)
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Zeitschrift)
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht (Zeitschrift)
OLG	Oberlandesgericht
PAngV	Preisangabenverordnung
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
PreistrVO	Preistreibereiverordnung
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rn.	Randnummer(n)
Rspr.	Rechtsprechung
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch
S.	Seite(n), Satz
ScheckG	Scheckgesetz
SCHUFA	Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende
SGB III	Drittes Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe
SK	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
st. (Rspr.)	ständige (Rechtsprechung)
StA	Staatsanwaltschaft
SteuerstrafR	Steuerstrafrecht(s)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrafR	Strafrecht(s)
StrRG	Erstes Gesetz zur Reform des Strafrechts
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)

u. a.	und andere
Urt.	Urteil
v.	vom, von
VersicherungsR	Versicherungsrecht
VersR	Versicherungsrecht – Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VuR	Verbraucher und Recht – Zeitschrift für Wirtschafts- und Verbraucherrecht
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz)
WechselG	Wechselgesetz
WertpapierR	Wertpapierrecht
WiKG	Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
WirtschaftsstrafR	Wirtschaftsstrafrecht
WiStG	Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz 1954)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WM	Wertpapiermitteilungen (Zeitschrift)
WoGG	Wohnungsgesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z. B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zugl.	zugleich

